

# Offene Worte

Zeitung der LINKEN für den Barnim 24. Jahrgang

Sonderausgabe zur Kommunal- und Europawahl: 25. Mai 2014

## Bernaus Bürgermeister abgewählt

Bernaus Bürgermeister, Hubert Handke (CDU), wurde am 30. März von den Bürgerinnen und Bürgern abgewählt. Von 43 Prozent der Wahlberechtigten stimmten 60 Prozent für die Abwahl des Stadtoberhauptes. „Es war vor allem der Umgang mit den Protesten und den berechtigten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, der zur Abwahl des Bürgermeisters führte“, kommentierte die Vorsitzende der Stadtfraktion der LINKEN, Dagmar Enkelmann. „Die Verweigerung von Gesprächen, die fehlende Bereitschaft, aktiv an der Suche nach einer vernünftigen Lösung mitzuwirken, gaben den Ausschlag.“ Kritik an

Dagmar Enkelmann (LINKE) kandidiert am 25. Mai für die Stadtverordnetenversammlung Bernau.

seiner Amtsführung gibt es allerdings schon länger, machte Enkelmann deutlich. „Fehlende Transparenz, Aussitzen von Beschlüssen, Regieren vom grünen Tisch aus. Es ist Zeit für einen Neustart. Ein neues Miteinander ist angesagt“, so Enkelmann.

## Bezahlbare Wohnungen

LINKE in Eberswalde für Mieterverein und gegen Privatisierung

Eine Arbeitsgemeinschaft „Bedarfsgerechtes Wohnen“ strebt DIE LINKE in Eberswalde an, in der die städtische Wohnungsgesellschaft (WHG) gemeinsam mit privaten Vermietern ein zu erarbeitendes wohnungspolitisches Konzept umsetzt.

„Sicheres und bezahlbares Wohnen sind Kernpunkt unserer Kommunalpolitik“, erklärt der Stadtverordnete Volker Passoke (LINKE). „Sanierte und modernisierte Wohnungen dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass eine bedarfsgerechte Versorgung nicht gesichert ist“, weiß der 57-jährige Rechtsanwalt auch aus seiner Berufstätigkeit. Es mangelt an preiswertem Wohnraum für kleine Familien und Alleinstehende, für Großfamilien und Wohngemeinschaften sowie altersgerechten Wohnungen. „In der Stadtmitte und den zentrumsnahen Wohnbereichen wird derzeit

hin zu hochpreisigem Wohnraum saniert und neu gebaut – im übrigen

**Volker Passoke (LINKE) kandidiert am 25. Mai für die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde und den Kreistag Barnim.**

auch durch die stadteigene WHG. „Man bekommt den Eindruck, dass dort Besser-Verdienen-

de unter sich bleiben sollen“, warnt Passoke. Die LINKE ist gegen eine Privatisierung der WHG. Diese muss aber ihrer sozialen Verantwortung auch für Leute mit kleinem Geldbeutel gerecht werden. „Maßnahmen für barrierefreies Wohnen wollen wir mit den Behinderten- und Seniorenverbänden abstimmen. Vor allem preisgünstige Wohnungen sollen geschaffen werden“, erläutert Passoke.

Die LINKE unterstützt die Bildung eines Eberswalder Mietervereins als Interessenvertreter für die Mieterinnen und Mieter.



Sanierte Wohnungen in Finow. Preiswertes Wohnen muss jedoch auch im Eberswalder Stadtzentrum möglich sein. Foto: pb



## Am 25. Mai wählen gehen

Der letzte Mai-Sonntag ist ein wichtiges Datum für die Bürgerinnen und Bürger im Land, denn an diesem Tag bestimmen sie darüber, was künftig in ihren Kommunen, in ihrem Landkreis und auch in Europa passiert. Fragen wie gute Arbeit, Bildung von Anfang an und Finanzierbarkeit sind zu beantworten. Trotz Haushaltszwängen. Bei uns in Teltow-Fläming wurde der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsplan 2014 einstimmig beschlossen. Jetzt gilt für unseren Landkreis das, was auch für jeden privaten Haushalt gilt: Es darf nicht mehr ausgegeben werden, als Einnahmen da sind. Haushaltskonsolidierung hat Vorrang, denn wir wollen die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen sichern. Und so stellten wir jede Aufgabe auf den Prüfstand, wo etwas ohne Schaden verschoben oder auch anders organisiert werden kann, haben wir das getan. Bei diesen Entscheidungen haben wir die Zukunftsaufgaben für Ältere und Jüngere im Blick – die Teilhabe an Bildung und Kultur und Sport, Gesundheit und Mobilität. Trotz Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau sind die so genannten freiwilligen Leistungen nicht gestrichen worden. Auch die unentgeltliche Schülerbeförderung wird es weiterhin geben. Dies gelang nur durch Offenheit, Transparenz, einander zuhören und Hinweise ernst nehmen. So kann Politik gelingen. Deshalb bitte ich Sie: Geben Sie am 25. Mai den Kandidatinnen und Kandidaten Ihre Stimmen, denen Sie genau das zutrauen.

Kornelia Wehlan, (DIE LINKE)

(Anm. der Redaktion: Die Autorin ist Landrätin im Landkreis Teltow-Fläming)

## DIE LINKE will mehr Geld für Kommunen

Kommunales Investitionsprogramm soll Infrastruktur in Städten und Gemeinden voranbringen

DIE LINKE in Brandenburg strebt für die Jahre ab 2015 ein kommunales Investitionsprogramm mit einem Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr an.

Für DIE LINKE war es schon immer wichtig, dass in den Städten und Gemeinden mitentschieden wird, welche Bau- bzw. Sanierungsvorhaben realisiert werden sollen und wofür das Geld der SteuerzahlerInnen ausgegeben wird. Zudem kann dadurch auch die regionale Wirtschaft gestärkt werden.

Vorbild für die Überlegungen ist das sogenannte Konjunkturprogramm II.

Die Investitionen sollen nachhaltig wirken und unter anderem in den Unterhalt von Kommunalstraßen und kommunalen Brücken, in den Erhalt von Sportstätten, in die energetische Gebäudesanierung, in die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude fließen. Dazu gehören auch Schulen.

Die Mittel für das kommunale Investitionsprogramm in Branden-

burg soll überwiegend das Land bereitstellen.

Die Kommunen steuern nach dem Vorbild des genannten Konjunkturpaketes II ihrerseits Eigenmittel bei. Zudem werden wir prüfen, inwiefern weitere Mittel des Bundes sowie EU-Gelder nutzbar sind. Eigenmittel können auch aus dem kommunalen Ausgleichsfonds kommen, damit notleidende Kommunen ebenfalls Nutzen aus dem Investitionsprogramm ziehen können.

Mit diesem Investitionsprogramm werden wir einen Teil der den Kommunen übertragenen Mittel ein weiteres Mal auf und vermehren die damit verfügbare Investitionssumme. Was dringend gemacht werden muss, kann damit leichter und schneller in Angriff genommen werden. Das dient der Erhöhung der Lebensqualität in den Städten und Dörfern.

Christian Görke,  
Landesvorsitzender der LINKEN  
in Brandenburg

Für alle Kinder:

## Längeres gemeinsames Lernen

Die Gemeinschaftsschule ist für uns Linke ein zukunftsfähiges Modell für Brandenburg. In dieser Schule können unsere Kinder länger gemeinsam miteinander und voneinander lernen. Sie werden entsprechend ihrer Neigungen, Talente und Begabungen optimal gefördert. Sie werden nicht sortiert, sondern integriert. Jeder Schulabschluss soll in dieser Schule möglich sein. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt von Kindern und Jugendlichen wird als Chance für ein erfolgreiches, kreatives Lernen und für die Entwicklung sozialer Kompetenzen betrachtet. Wir wollen diese Schule gemeinsam im Dialog mit Eltern, SchülerInnen, LehrerInnen, mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie mit allen an Schule Beteiligten langfristig in Brandenburg einführen. Auf dem Weg dahin müssen die bestehenden Schulformen für SchülerInnen durchlässiger werden. Dafür brauchen wir gleiche Rahmenpläne und Stundentafeln für Oberschulen, Gesamtschule und Gymnasien bis zur Klasse 9. Wir stärken die Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe und schaffen Anreize zur Zusammenführung von Grund- und weiterführenden Schulen. Wir streben den Einsatz von mehr SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und Sonder- bzw. InklusionspädagogInnen an.

Wir fördern in Zusammenarbeit mit den Kommunen den Ausbau weiterer inklusiver Grundschulen. Neben einer intensiven pädagogischen Vorbereitung bedarf es der entsprechenden personellen und sachlichen Ausstattung dieser Schulen. Diese Schule bietet allen Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder dem Wohnort der Eltern abhängen. Jedes Kind in allen Regionen des Landes hat eine Zukunft verdient und deshalb brauchen wir die Gemeinschaftsschule.

# Wir stärken die kommunale Familie

Ute Hustig, Bürgermeisterin der Gemeinde Nuthetal, befragt Brandenburgs Finanzminister Christian Görke

### Wodurch unterscheidet sich ein linker Finanzminister von einem mit anderem Parteibuch?

Ein Finanzminister ist der Verantwortliche für ein klar umrissenes Aufgabengebiet. Er kann nicht aufgrund seines Parteibuches über mehr oder weniger Geld verfügen. Da ich jedoch davon ausgehe, dass die meisten Leserinnen und Leser dieser Zeitung die beiden einzigen linken Finanzminister kennen, nämlich meinen Amtsvorgänger Helmut Markov und mich, beantwortet sich die Frage doch fast von selbst. Oder erkennen Sie sehr viele Ähnlichkeiten zwischen uns und, sagen wir mal, Herrn Schäuble? Uns unterscheidet die Herangehensweise an Politik. Wir bleiben dabei: Unsere Haushaltspolitik wird immer soziales Augenmaß wahren. Das ist keine leichte Aufgabe, aber der stellen wir uns auch in der kommenden Wahlperiode.

### Woher speisen sich die Finanzen einer Kommune?

Die Gelder der Kommunen stammen aus der gleichen Quelle wie die des Landes und des Bundes. Es sind die Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die uns anvertraut sind. Damit sorgsam umzugehen und sie zu vermehren, ist Aufgabe aller, die politische Entscheidungen zu treffen haben.

Die wichtigste eigene Einnahmequelle der Kommunen ist zum Beispiel die Gewerbesteuer. Jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister hat also die Chance, selbst mit zu beeinflussen, wie viel Geld für soziale oder kulturelle Vorhaben ausgegeben werden

kann, indem sie ihren Handwerks- und Gewerbebetrieben gute Bedingungen bereit stellen und neue Unternehmen in den Ort holen.

### Was hat die rot-rote Landesregierung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode an der Finanzierung der Kommunen geändert?

Wir haben die finanzielle Lage der Kommunen gestärkt. 2011 haben wir den Demografie-Faktor eingeführt und inzwischen auf fünf Jahre ausgeweitet. Davon profitieren Kommunen mit Einwohnerrückgang. Sie erhalten übergangsweise

dem Ausgleichsfonds Hilfen erhalten, um überregional bedeutsame Investitionen realisieren zu können. Mit Beginn dieses Jahres führten wir den Jugendhilfelastenausgleich ein. Und auch die solidarische Finanzausgleichsumlage, die oft als „Reichensteuer“ verunglimpft wird, ist ein Kind der LINKEN, um in der kommunalen Familie das Prinzip, dass der Stärkere dem Schwächeren hilft, zu verankern.

### In den Gemeinden wird immer über Instandhaltungsrückstau - vor allem an Straßen, Rad- und

periode ein kommunales Investitionsprogramm im Umfang von 100 Millionen Euro pro Jahr auflegen. Es wird ein zentrales Vorhaben im Landeswahlprogramm der Linken sein (Siehe auch S.1 dieser Zeitung).

### Was haben Sie vor, um die finanzielle Lage der Kommunen generell zu verbessern?

Von unserer soliden Haushaltspolitik partizipieren die Kommunen gleichermaßen wie das Land. Nach der jüngsten Steuerschätzung im November 2013 wurden für dieses

Jahr Steuermehreinnahmen in Höhe von 19,2 Millionen Euro vorhergesagt. Wir haben diese Summe in den Nachtragshaushalt 2013/14 eingestellt, so dass die Kommunen davon 3,82 Millionen Euro zusätzlich erhalten. Dank der Steuermehreinnahmen fällt die für 2013 erwartete Spitzabrechnung des kommunalen Finanzausgleichs auch besser als erwartet aus. Vom Plus in Höhe von 9,72 Millionen Euro reicht das Land die Hälfte - also 4,86 Millionen



mehr Schlüsselzuweisungen als ihnen nach der aktuellen Einwohnerzahl zustehen würde. So können sie den Strukturwandel besser gestalten. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass auch finanziell angeschlagene Kommunen aus

### Gehwogen, aber auch Schulen und anderen kommunalen Gebäuden - geklagt. Haben Sie eine Idee, was wir dagegen machen könnten?

Genau für dieses Problem möchten wir in der nächsten Legislatur-

Euro - schon vorfristig in diesem Jahr an die kommunale Familie weiter. Es kommt aber immer auch auf die Kommunen selbst an. Das Land kann Hilfen geben, aber dies sollen immer auch Hilfen zur Selbsthilfe sein.

# Leistungsfähige und moderne Krankenhäuser

84 Prozent der Patientinnen und Patienten in Brandenburg würden ihr Krankenhaus weiterempfehlen. Das hat eine der größten Befragungen in Deutschland ergeben, deren Ergebnis im vergangenen Jahr vorgestellt wurde. Brandenburg liegt damit über dem Bundesdurchschnitt.

„Unsere Krankenhäuser leisten eine gute Arbeit. Sie sind ein wichtiger Anker in der gesundheitlichen Versorgung im Land. Und wir tun alles, um sie für die Zukunft fit zu machen“, erläutert Gesundheitsministerin Anita Tack mit Blick auf die 53 Krankenhäuser mit 62 Standorten. Über eine halbe Million

Patientinnen und Patienten werden jährlich hier versorgt.

Rund vier Milliarden Euro Fördermittel wurden seit Gründung des Landes für den Auf- und Ausbau zur Verfügung gestellt, davon rund 2,77 Milliarden aus Landesmitteln. „Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und unsere Krankenhäuser in erheblichem Umfang wirtschaftlich gestärkt“, so Tack. DIE LINKE hat dafür gesorgt, dass zu Jahresbeginn 2013 die Krankenhausfinanzierung von einer Einzelinvestitionsförderung auf eine verlässliche Investitionspauschale umgestellt wurde. 2014 trat der neue Krankenhausplan in Kraft.

Da über zwei Drittel aller Krankenhausleistungen von Menschen im höheren Lebensalter in Anspruch genommen werden, hat die Landesregierung die Krankenhausleistungen in der Geriatrie, in der Inneren Medizin und in der Neurologie deutlich erhöht. Tageskliniken verstärken die Präsenz von Krankenhausleistungen in der Fläche.

„Gerade in der Altersmedizin helfen Tageskliniken einen Krankenhausaufenthalt zu verkürzen oder zu vermeiden. Patientinnen und Patienten können schneller in ihre häusliche Umgebung zurückkehren und wieder aktiv am Leben teilhaben“, begründet Tack diesen Schritt.

Darüber hinaus stehen landesweit 30 Kliniken mit rund 5.400 Betten für medizinische Rehabilitation bereit.

Gleichzeitig zählen die Brandenburger Krankenhäuser und Reha-Kliniken in den jeweiligen Städten und Kreisen zu den größten Arbeitgebern und sichern damit vielen Familien das Haushaltseinkommen. Mehr als 27.000 Beschäftigte haben hier ihren Arbeitsplatz.

Gerade für diese vielen engagierten Beschäftigten in den Brandenburger Kliniken ist das Umfrageergebnis eine schöne Auszeichnung und Ansporn für weitere gute Leistungen.



**Was gehört uns allen? Entscheiden Sie mit!**

**DIE LINKE.**

www.dielinke-kommunal.de

# Runder Tisch „Schulentwicklung“

Panketal hat bereits die größte Grundschule Brandenburgs, sie soll noch weiter wachsen

Panketal hat inzwischen mehr als 19.000 Einwohner und in den vergangenen Jahren viel in die Schaffung neuer Kita- und Schulbauten investiert. So entstand der Neubau für die einzige Gesamtschule mit

gymnasialer Oberstufe im Barnim und eine Mensa am Schulstandort Zepernick. Am Standort Schwanebeck entstanden neben einer Kita eine neue Turnhalle und eine Sportmensa. Die Schaffung einer Oberschule mit integrierter Grundschule steht auf der Tagesordnung.

Nun hat aber die Verwaltung sich selbst, die Gemeindevertretung und die Öffentlichkeit damit überrascht, dass die aktuellen tatsächlichen Schülerzahlen, wie bereits zuvor die zahlenmäßigen Angaben über den Bedarf an KITA-Plätzen, erheblich von den Verwaltungszahlen abweichen.

Da muss die Frage erlaubt sein, wie zuverlässig derartige Angaben eigentlich sind. Man könnte fast vermuten, dass die Zahlenangaben geschätzt oder sogar bewusst herunter gerechnet wurden.

Ein Indiz hierfür ist, dass in Panketal zum Schuljahr 2014/15 neun 1. Klassen eingeschult werden, während der Schulentwicklungsplan lediglich von sechs ausging. Zu Recht sehen sich die Bürgerinitiative „Pro 3. Grundschule“ und die sie unterstützenden Fraktionen in ihren Forderungen bestätigt. Doch leider hatte der Bürgerentscheid für eine

dritte Grundschule das erforderliche Quorum verfehlt.

Nun muss ein Sofortprogramm zur Lösung der Schulraum-Probleme vorgelegt werden. Bürgermeister Fornell (SPD) schlug Ende Februar vor, die Zügigkeit der Grundschulen zu erhöhen, den Schulerweiterungsbau zu forcieren und sechs Klassenraum-Container auf-

**Die Autorin: Christel Zillmann (LINKE) kandidiert am 25. Mai als Gemeindevertreterin für Panketal.**

zustellen. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Folgen müssen jetzt konkrete Festlegungen und die Ausweisung der tatsächlichen Kosten.

Panketal braucht endlich ein zukunftsorientiertes Schulentwicklungskonzept für die Errichtung weiterer Schulbauten.

Die LINKE fordert seit langem einen „Runden Tisch Schulentwicklung“, um ein demokratisches Miteinander aller Beteiligten (Verwaltung, Gemeindevertretung, Leiter der Schulen und Horte, Elternvertreter, Schülersprecher) zu erreichen. Fotos: bc, wk

**Kandidaten der LINKEN für den Kreistag im Wahlkreis 7: Panketal**

Eva Schmidt  
Michael Wetterhahn  
Sigrid Harder  
Dominik Przywara  
Klaus Harder  
Arno Günther

## Wirtschaft besser fördern

Für eine nachhaltige, wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeit schafft und sichert und von der man selbstbestimmt leben kann, setzte sich DIE LINKE in der bisherigen Wahlperiode im Kreistag ein. Dazu wurden auf ihren Antrag zum Beispiel Fördermittel für den Einsatz alternativer Energien für „Häuslebauer“, die Nutzung des Landesprogramms „Arbeit für Brandenburg“ und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen des „Kommunalkombi“ beschlossen. Außerdem konnte DIE LINKE erreichen, dass die kreiseigene Wirtschaftsfördergesellschaft (WITO) zusätzliche Gelder zur nationalen und internationalen Fördermittel-Akquise, insbesondere für Landwirtschafts- und Wirtschaftsunternehmen erhielt. Kommunen erhielten auf Antrag der LINKEN Gelder für Investitionsprojekte mit gemeindeübergreifender Bedeutung. Dies ist dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses im Barnimer Kreistag, Lutz Kupitz, besonders wichtig: „Im Kreis muss das Verständnis dafür wachsen, dass eine weitere Entwicklung nur möglich ist, wenn Gemeinden und Städte Entwicklung über die eigenen Grenzen hinaus mitdenken,“ betont der 53-Jährige.

Lutz Kupitz (LINKE) kandidiert am 25. Mai für den Barnimer Kreistag im Wahlkreis 3 (Bernau/Schönow).

**Kandidaten der LINKEN für den Kreistag im Wahlkreis 8: Schorfheide, Amt Biesenthal-Barnim**

Margitta Mächtig  
Anne Schulz  
Dirk Siebenmorgen  
Henry Pepinski  
Frank Eiseler  
André Stahl



## LINKE Panketal, Bernau, Ahrensfelde: Radwege bauen

Radwege verbinden Orte, locken Touristen, sorgen für sichere Schulwege. Im August 2013 war Dagmar Enkelmann (Foto) bei der Eröffnung eines Teils der Radroute „Rund um Berlin“ in Börnicke dabei. Die LINKE Panketal kämpft seit Jahren für den Radweg zwischen Schwanebeck und Bernau, der 2014 gebaut werden soll, die LINKE Ahrensfelde für Verbindungen Mehrow-Eiche sowie Blumberg-Bernau.

# Abwasser: Wer muss wieviel zahlen?

André Stahl (LINKE Biesenthal) mit konstruktiven Vorschlägen zur Lösung des Problems mit Altanschießerbeiträgen im Abwasserverband „Panke-Finow“

Gebühren statt Beiträge für Wasser und Abwasser – die Kosten, die den Bürgerinnen und Bürgern der verbandsangehörigen Gemeinden Bernau, Biesenthal, Rüditz und Melchow aus einer Umstellung entstehen, sollen ermittelt werden. Das beschloss der Abwasser- und Wasserverband „Panke-Finow“ (WAV) Mitte Februar auf Antrag der Bernauer Stadtverordnetenversammlung. Der Antrag geht auf eine Initiative der LINKEN zurück.

Die Umstellung vom Gebühren- auf das Beitragsmodell ist eine Forderung der Dienstademonstranten auf dem Bernauer Markt,

die sich aus der Nach-Forderung des WAV nach Altanschießerbeiträgen ergab, die diejenigen zahlen müssen, die bereits vor 1989 an das Abwassernetz angeschlossen wurden.

In den vergangenen Monaten hatte Biesenthals Bürgermeister André Stahl (LINKE) immer wieder mit konstruktiven Vorschlägen versucht, eine Umstellung vom Beitrags- auf das Gebührenmodell zu ermöglichen.

Die Umstellung von Gebühren auf Beiträge ist im WAV deshalb so schwierig, weil – im Gegensatz zum Beispiel zu Panketal – ein

hoher Anteil an Mietwohnungen vor allem in Bernau vorhanden ist und Neuansschließer-Beiträge im

**André Stahl (LINKE) kandidiert am 25. Mai als Bürgermeister für Biesenthal und für den Kreistag Barnim.**

Umfang von 29,7 Millionen € zurückgezahlt werden müssten. „Eine Kreditaufnahme für diese Rückzahlung lehnt die Kommunalaufsicht leider ab“, kommentierte Stahl, der diese rechtliche Klärung initiiert hatte. Stahl sprach sich weiter dafür aus, dass der Verbandsvor-

steher künftig hauptamtlich beschäftigt werden soll.

Derzeit ist Bernaus Bürgermeister Hubert Handke zugleich Verbandsvorsteher. „Das führt zu Überlastung und Interessenkonflikten“, ist sich Stahl sicher. „Außerdem sollte kein Mitglied im Verband mehr als 50 Prozent der Stimmanteile haben, auch, wenn die Zahl der Einwohner das hergibt“, benannte Stahl eine weitere notwendige Veränderung.

Derzeit hält Bernau mehr als 50 Prozent und kann damit jede Entscheidung mit Stimmenmehrheit herbeiführen.



## Anne Schulz

kandidiert im Wahlkreis 8, Biesenthal, für den Kreistag. Als selbstständige Bildhauermeisterin will sich die 48-Jährige besonders für die Kooperation von Wirtschaft und Kunst/Kultur einsetzen. Außerdem ist ihr ein grenzübergreifendes Denken und Handeln wichtig.

## Eva Schmidt

kandidiert am 25. Mai im Wahlkreis 7, Panketal, für den Kreistag. Die 77-Jährige ist eine bereits erfahrene Finanzpolitikerin im Kreistag. „Ich will mich für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Barnimer Gemeinden einsetzen“, erklärt die Dipl.-Ingenieurin.



**Kandidaten der LINKEN für den Kreistag im Wahlkreis 5: Werneuchen, Ahrensfelde**

Alexander Horn  
Burckhard Ackermann  
Ronald Eichstädt  
Holger Schulze  
Karsten Dahme

## Unterstützung für Kloster Chorin

30.000 € erhielt das Kloster Chorin 2012 auf Antrag der LINKEN vom Landkreis für die Entwicklung eines eigenständigen Kulturangebotes. Insgesamt 115.000 € betrug die Kulturförderung des Landkreises im Jahr 2012, die im Wege einer Förderrichtlinie an Kulturprojekte vergeben werden. Die für das Kloster vorgesehenen 30.000 € waren als zusätzliche Gelder eingestellt worden. Das Kloster Chorin selbst befindet sich in Landeseigentum. Das Brandenburger Finanzministerium hat mit dem Amt Britz-Chorin-Oderberg vereinbart, dass das Amt das Kloster betreibt und dafür Geld erhält. Außerdem unterstützt das Land die bauliche Unterhaltung. Dafür wurden 2013 zum Beispiel für die Sicherung des Kirchenschiffs 904.000 € zur Verfügung gestellt. Für weitere Sanierungsmaßnahmen sowie für die Außenanlagen wurden 400.000 € im Jahr 2013 und weitere 400.000 € im Jahr 2014 zur Verfügung gestellt.

## Geld für regionale Jugendarbeit

Das Geld für die „Regionale Jugendarbeit“ wurde im Barnim trotz sinkender Anzahl von Kindern und Jugendlichen nicht gekürzt, sondern in gleicher Höhe beibehalten. Das hat die LINKE im Kreistag durchgesetzt.

**Kandidaten der LINKEN für den Kreistag im Wahlkreis 9: Amt Britz-Chorin-Oderberg, Amt Joachimsthal**

Sebastian Walter  
Dr. Michael Luthardt  
Friedemann Wolf  
Wolfgang Sachse

# Arme Gemeinden – arme Schüler

Interview mit Sebastian Walter, Kreisvorsitzender der LINKEN, über Verbesserungen in Barnimer Bildungseinrichtungen

**Was ist wichtig, wenn es um die Schulen im Landkreis Barnim geht?**

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler unter denselben Bedingungen lernen können. Dass auch die Schulen, die nicht in kreislicher Hand liegen, möglichst gleichwertige Lernbedingungen haben. Was bringen denn digitale Tafeln in jedem Klassenzimmer, wenn in den Gemeindeschulen Fachkabinette, Schulbibliotheken und Schulsozialarbeiter fehlen. Sonst bleibt die Bildungsinitiative Barnim eine reine Showveranstaltung. Auch die zehnte Auszeichnung von Bundesebene bringt den Schülerinnen und Schülern herzlich wenig.

**Sie spielen auf die Zuschüsse des Landkreises für Whiteboards an. Was war das ursprünglich Ziel?**

Alle Schulen in Trägerschaft von Städten und Gemeinden sollten einen frei verfügbaren Betrag, gestaffelt nach der Schülerzahl, erhalten. Leider hat die Kreisverwaltung dieses ursprüngliche Ansinnen ausgehebelt. Und CDU und SPD haben dem jetzigen Ansinnen zugestimmt: Schulen erhalten mit kreislicher Unterstützung Whiteboards – abhängig davon, wieviel die Stadt oder Gemeinde dazu zahlen kann.

**Sebastian Walter, 24 Jahre, Lehramtsstudent, kandidiert im Wahlkreis Britz-Chorin-Oderberg für den Kreistag.**

halten. Leider hat die Kreisverwaltung dieses ursprüngliche Ansinnen ausgehebelt. Und CDU und SPD haben dem jetzigen Ansinnen zugestimmt: Schulen erhalten mit kreislicher Unterstützung Whiteboards – abhängig davon, wieviel die Stadt oder Gemeinde dazu zahlen kann.

**Wie sollen gleichwertige Lernbedingungen erreicht werden?**

Wir schlagen zum Beispiel einen Kreisschulverband vor, in dem alle Investitionen aus einer Hand getätigt werden. Kommunen, die zu wenig Eigenmittel haben, könnten

damit unterstützt werden. Schüler in „ärmeren“ Städten und Gemeinden müssten damit nicht darunter leiden.

**Bringt ein Schulverband nicht ein neues Verwaltungsmonstrum hervor?**

Es ist eine Möglichkeit. Eine Alternative wäre, dass der Landkreis alle Schulen in Trägerschaft übernimmt. So, wie es Eberswalde schon vor Jahren mit seinen weiterführenden Schulen gemacht hat. Damit könnte auch eine Gleichbehandlung in jeder Region ermöglicht werden.

**Favorisieren Sie eine Lösung?**

Eigentlich nicht. Die kommunalen Schulträger müssen einverstanden sein. Auf jeden Fall muss etwas passieren, dass nicht die Kinder die Ausstattung ihrer Schulen ausbaden müssen.

**Wie gut sind die Oberstufenzentren im Kreis?**

Hier gehts ja um die Berufsausbildung, ein weiteres inhaltliches Abspecken darf nicht erfolgen. Hier wäre Hilfe durch die Wirtschaft gut, insbesondere des Handwerkes.

**Der Landrat hat versprochen, dass 2014 jeder junge Mensch einen Ausbildungsplatz im Kreis erhält. Ist dem so?**

Davon sind wir weit entfernt. Um wirklich fachlich und qualitativ hochwertige Ausbildungen zu ermöglichen, brauchen wir gemeinsame Anstrengungen von Schulen, Verwaltungen, Unternehmen und Gewerkschaften.

**Über Kitas wird in Städten und Gemeinden entschieden, der Kreis reicht das vom Land für Personal zur Verfügung gestellte Geld weiter. Wie funktioniert?**



## LINKE Werneuchen und Ahrensfelde: Spielplätze in allen Ortsteilen

Nicht immer können es Spielplätze der „Künstlerischen Holzgestaltung Bergmann“ sein wie das Baumhaus Babajaga im Familiengarten Eberswalde oder die Kletteranlage im Vogelpark Marlow auf dem Foto. Aber Spielplätze in allen Ortsteilen zu errichten, ist Ziel der LINKEN in Werneuchen und in Ahrensfelde. Fotos dieser Seite: bc, wk

## Alexander Horn

kandidiert im Wahlkreis 5 (Werneuchen-Ahrensfelde) für den Kreistag. Der 29-Jährige ist Mitglied im Wirtschaftsausschuss, wo sich die LINKE gegen den Kauf des Eberswalder Holzkraftwerkes durch den Kreis aussprach, das dem Energieunternehmen EWE zu dessen Preisdiktat Wärme liefert.



Der Kitabetreuungsschlüssel ist von der „Rot-Roten“ Landesregierung verbessert worden. Er muss jetzt realistisch durchgesetzt werden: Dass wirklich für zwölf 3- bis 6-Jährige und für je

sechs 0- bis 3-Jährige ein Erzieher oder eine Erzieherin zur Verfügung steht. Ergänzend wäre gut, wenn die rot-rote Landesregierung in der nächsten Wahlperiode das letzte Kitajahr beitragsfrei macht.

## Angebote für entlegene Orte

Der Landtagsabgeordnete der LINKEN, Dr. Michael Luthardt, macht es seit fünf Jahren: Mit seinem Bürgermobil ist er in festem monatlichem Rhythmus unterwegs in die entlegenen Teile des Kreises. Teilhabe an Politik ist für DIE LINKE wichtig. Aber auch die Versorgung mit Lebensnotwendigem. So hat sich DIE LINKE in Wandlitz auf die Fahnen geschrieben, dass Ortsteile wie Lanke und Prenden oder abseits gelegene Siedlungen ein besseres Angebot erhalten müssen, zum Beispiel einen Stellplatz für Mobile Händler, eine bessere Anbindung an den Linienbus oder die Organisation von Ruftaxis. Die „Sprechstunden vor Ort“ sind Gesprächsangebote. Deshalb beteiligen sich auch zahlreiche Abgeordnete der LINKEN in den Sommermonaten seit 13 Jahren an den „Sprechstunden unter freiem Himmel“ mit dem Ehrgeiz, in allen Barnimer Orten ein Gesprächsangebot zu machen.

Michael Luthardt (links im Bild) kandidiert am 25. Mai im Wahlkreis Britz-Chorin-Oderberg für den Kreistag.



# Was der Barnim braucht

Die nächsten fünf Jahre werden wichtig für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung

**Ehrenamt.** Wir brauchen einen stärkeren sozialen Zusammenhalt in den Gemeinden und im Landkreis. Vieles wird ehrenamtlich geleistet. Wenn es hier mehr Unterstützung gäbe, könnte man das Ehrenamt weiter ausbauen.

## Hilfe für kleine Unternehmen.

Die kreiseigene Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft WITO muss künftig Handwerk und Kleinstunternehmen im Barnim mehr unterstützen. Ein immer größeres Problem werden zum Beispiel altersbedingte Betriebsübergänge. Hier könnten kleine Unternehmen bei der Suche von Nachfolgern unterstützt werden. Netzwerke könnten weiter ausgebaut werden und Doppelarbeiten in den kommunalen Gesellschaften vermieden werden. So haben wir wahrgenommen, dass

die neu gegründete Barnimer Energiegesellschaft sich mit Aufgaben beschäftigt, die die WITO in ihren Anfangsjahren bereits erledigt hat.

## Kommentar von Margitta Mächtigt, Vorsitzende der Kreistagsfraktion der LINKEN

Die 57-Jährige kandidiert am 25. Mai im Wahlkreis 8 (Schorfheide, Amt Biesenthal-Barnim)

**Kommunale Unternehmen** müssen in ihrer Selbstständigkeit gestärkt werden.

Vor allem die **energetische Selbstversorgung** des Landkreises bleibt Ziel der LINKEN.

**Tourismus.** Eine „Charmeoffensive Barnim“ sollte der neue Kreistag initiieren. Noch gelingt es nicht

immer, dass unsere touristischen Gäste mit dem Gefühl nach Hause fahren, im Barnim wirklich willkommen zu sein.

**Der Doppelhaushalt** für den Barnim hat sich bewährt – das heißt, es sollte überlegt werden, ob man nach dem ersten Einzelhaushalt nach der Neuwahl anschließend zwei Doppelhaushalte verabschiedet. Das ermöglicht den neugewählten Mitgliedern des Kreistages, sich mit den Aufgaben und Finanzierungsstrukturen des Landkreises vertraut zu machen. In den darauffolgenden Jahren könnte durch Doppelhaushalte eine höhere Flexibilität im politischen Handeln ermöglicht werden.

## Uckermark und Barnim.

Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den beiden Landkreisen, auch ein Zusammenschluss beider Kreise, könnte vor allem dem ländlichen Raum im Barnim und der Uckermark zu Gute kommen.

**Keine Trickereien.** Der letzte Kreistag dieser Wahlperiode musste unbedingt noch mit SPD-/CDU-Mehrheit einen neuen Dezernenten



Kandidatin mit Plakat: Doppelt hält besser! Foto: pb

## Soziale Leistungen verbessert

Das gleichberechtigte Zusammenleben von Generationen und Menschen unterschiedlicher Herkunft ist den LINKEN wichtig. Deshalb haben sie in der vergangenen Wahlperiode zum Beispiel erreicht, dass die realistischen Nebenkosten für die Kosten der Unterkunft bei Beziehern von Leistungen nach dem SGB II berücksichtigt werden. „Wir haben uns außerdem für eine Richtlinie stark gemacht, die die Grenzen für Kaltmiete jährlich überprüft“, erläutert Kerstin Mutz (LINKE), Vorsitzende des Sozialausschusses im Kreistag.

„Als ich 2008 in den Kreistag gewählt wurde, habe ich begonnen, mich besonders für die sozialen Belange der BürgerInnen unseres Landkreises einzusetzen“, erläutert Mutz, 50-jährige Rechtsanwältin aus Schönow, ihre ehrenamtliche Tätigkeit. „Und wurde belohnt“, resümiert sie, „weil es mir gelungen ist, mit anderen linke Politik im Kleinen zu leben und zu gestalten.“

Kerstin Mutz kandidiert am 25. Mai für den Kreistag im Wahlkreis 3, Bernau-Schönow.

So erhalten Asylbewerber bereits seit dem 1. Juli 2009 im Barnim Geldleistungen statt Wertgutscheine. „Es war damals eine sehr knappe Entscheidung“, kommentiert Mutz. „Aber sie hat sicher mit dazu beigetragen, dass Asylbewerber im Barnim willkommen sind.“ Außerdem wurden auf Antrag der LINKEN in Eberswalde und Bernau Pflegestützpunkte aufgebaut und es gibt die kreisliche Förderung für Kita- und Klassenfahrten.

„Doch es gibt noch viel zu tun“, weiß Kerstin Mutz. „Deshalb kandidiere ich erneut für den Kreistag.“ Begonnenes soll vollendet, Unzulänglichkeiten sollen erkannt und beseitigt werden.

## Kandidaten der LINKEN für den Kreistag im Wahlkreis 6: Wandlitz

Kerstin Berbig  
Sebastian Oehmicke  
Gabriele Bohnebeck  
Thomas Reuter  
Jürgen Krajewski  
Marco Skupien  
Frank Bergner  
Niels Neudeck

## Kerstin Berbig

kandidiert im Wahlkreis 6, Wandlitz für den Kreistag. Die 48-jährige Servicemitarbeiterin bei DHL will sich vor allem für die Öffnung der Politik für die Bürgerinnen und Bürger einsetzen. „Mitbestimmung und Engagement müssen gestärkt werden, alle Beteiligte in wichtige Entscheidungen einbezogen werden“, erklärt sie.

Foto: wk



# Genossenschaft für Energieerzeugung

LINKE Wandlitz: Liepnitzseewald soll vor Windrädern geschützt werden



Sebastian Oehmicke am Liepnitzsee, dem Naherholungsgebiet und Touristenmagnet. Foto: privat

Mit der Erarbeitung eines Energiekonzeptes beauftragte die Gemeinde eine Firma. Die LINKEN hatte dies beantragt. „Es sollen Einsparmöglichkeiten, effektivere Nutzung vorhandener Energiequellen im privaten wie öffentlichen Bereich untersucht werden“, heißt es im Wahlprogramm der LINKEN für die Gemeindevertretung. „Ebenso interessieren

## Sebastian Oehmicke kandidiert für den Kreistag im Wahlkreis 6 und für die Gemeindevertretung Wandlitz.

uns die Möglichkeiten, regionale Energienetze aufzubauen oder eine künftige Rekommunalisierung der vorhandenen Netze“, macht Sebastian Oehmicke deutlich.

Die LINKEN in Wandlitz steht auch für den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region. Dies ist in Wandlitz ein umstrittenes Thema, da es Bestrebungen gibt, auch im Wald am Liepnitzsee Windanlagen zu errichten. „Die effektivsten

Verfahren im Bereich der erneuerbaren Energien sind Windkraftanlagen“, weiß der 29-jährige Busfahrer. „Wir unterstützen deshalb die Errichtung von Windkraftanlagen in Windeignungsgebieten der Gemeinde.“ Aber DIE LINKE ist nicht bedingungslos dafür. „Keinesfalls im Buchenwald am Liepnitzsee“, zieht er die Grenze und „nicht dichter als 1000 Meter an Wohnungen heran“. Windräder will die LINKEN nicht generell verhindern, aber es sollen geeignete Flächen gefunden und ungeeignete Flächen ausgeschlossen werden. Windkraftanlagen bieten nach Ansicht der Wandlitzer LINKEN die Möglichkeit, Energie im Eigentum der Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde, zum Beispiel in Form einer Energiegenossenschaft, zu erzeugen. „Energie wird immer teurer“, erklärt Oehmicke. „Wenn Wandlitz als Kommune einen Eigenbetrieb betreiben würde, könnten wir dafür sorgen, dass es für die Bürgerinnen und Bürger günstiger wird.“

**KandidatInnen der LINKEN für den Kreistag Wahlkreis 3:** Bernau, Eichwerder, Friedensthal, Ladeburg, Lobetal, Süd, Börnicke, Schönau, Lindow  
Lutz Kupitz  
Kerstin Mutz  
Holger Herzog  
Dominik Rabe  
Norbert Hollmann

**Wahlkreis 4:** Bernau, Stadtzentrum, Nibelungen, Birkenhöhe, Blumenhag, Rehberge, Waldfrieden, Puschkiviertel, Birkholz, Birkholzaue, Waldsiedlung  
Christine Poppitz  
Sylvia Pyriik  
Søren-Ole Gemski  
Irene Koeppel  
Christian Rehmer  
Michelle Petroll

## 20.000 € für „Roadrunners“

20.000 € erhielt das Festival „Roadrunners“ in Finowfurt Ende 2013, nachdem sich DIE LINKE im Barnimer Kreistag dafür eingesetzt hatte. Die Zuwendung war zwar vom Kreistag beschlossen, vom Landrat jedoch blockiert worden. Das jährliche Großereignis in Finowfurt besuchen zehntausende Menschen. 60.000 € haben die Veranstalter des Festivals in eine neue Rennstrecke investiert, jeweils ein Drittel getragen von Veranstaltern, Landkreis, Gemeinde Finowfurt.

**Kandidaten der LINKEN für den Kreistag im Wahlkreis 1:** Eberswalde Finow, Brandenburgisches Viertel, Spechthausen  
Sabine Stüber  
Ralf Kaiser  
Martina Stegmann  
Jürgen Wolff  
Kai Jahns

**im Wahlkreis 2:** Eberswalde, Stadtzentrum, Sommerfelde, Tornow  
Prof. Dr. Alfred Schultz  
Ulrike Glanz  
Volker Passoko  
Karin Wagner  
Ricardo Kremps  
Michael Wolff

# Ab Mai im Freien baden

LINKE will Kultur-, Sport- und Freizeitangebote in Bernau weiter ausbauen



Das alte Freibad in Bernau Waldfrieden wird derzeit saniert und soll am 16. Mai wieder eröffnet werden. Nachdem jahrelang darüber gestritten wurde, war Dagmar Enkelmann, Bernauer Fraktionsvorsitzende der LINKEN, stolz auf die Grundsteinlegung am 30. August 2013 (rechts). Das Freibad ist Teil des „Baudenkmal Bundesschule Bernau“, für das DIE LINKE eine Stiftung mitinitiiert hat, um dieses kulturwissenschaftliche Erbe weiter zu nutzen und als touristisches Objekt zu entwickeln. **Fotos: bc, bm**



Sie will die „Arbeit des Kreistages besser mit der der Stadtverordnetenversammlung von Bernau“ verknüpfen, erklärt Christine Poppitz, 64 Jahre, Industriekauffrau und Diplom-Philosophin ihre Kandidatur für den Kreistag.

Bisher ist sie bereits Vorsitzende des Mammut-Ausschusses für Bildung, Jugend, Kultur, Soziales und Sport in Bernau. „Bildung, Kinder- und Jugendarbeit, Kultur und Kunst, die sozialen Herausforderungen, die ehrenamtliche Arbeit der Vereine und Verbände“ liegen ihr deshalb besonders am Herzen. Das kulturelle und sportliche Leben in Bernau wäre wesentlich ärmer, wenn sich nicht viele Bernauerinnen und Bernauer privat oder in ihren

Vereinen für dessen Ausgestaltung einsetzen würden. „Das soll auch weiter von der Stadt unterstützt werden“, betont Poppitz. Für DIE

**Christine Poppitz kandidiert am 25. Mai im Wahlkreis 4 für den Kreistag und im Wahlkreis 1 für die Stadtverordnetenversammlung Bernau bei Berlin.**

LINKE sind deshalb Kunst und Kultur Themen zur Entwicklung der Stadt Bernau. Besonderes Augenmerk legt sie auf die Skulpturen der Waldsiedlung, die auf ihre Initiative hin zu einer angemessenen Geltung gekommen sind und end-

lich restauriert und vor Vandalismus geschützt in ihrer Einzigartigkeit Zeugnisse der figurativen Plastik in der DDR ablegen können.

„Wir werden das Forum Kunst und Kultur fest etablieren“, erklärt Christine Poppitz. Dieses hat die Linksfraktion als eine Art Bürgergremium mit beratender und unterstützender Funktion initiiert, um Kunst- und Kulturschaffende und an Kunst und Kultur Interessierte zusammen zu bringen.

Wichtig ist der 64-Jährigen die gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen. Wir müssen uns für die bestmöglichen Voraussetzungen in den vorhandenen Bildungseinrichtungen einsetzen, und es müssen gute technische Ausrüstungen

und ausreichender Platz vorhanden sein. Für unsere älteren Bürgerinnen und Bürger haben wir die Betreuung der Begegnungsstätten zu unterstützen. Der von der Linksfraktion initiierte Sozialreport wird ein Instrument sein, die sozialen Herausforderungen und den Bedarf in unserer Stadt rechtzeitig zu erkennen und darauf einzugehen.

Letztlich will Christine Poppitz sich dabei fachlich und engagiert einbringen. Die Lage „vor Ort“ zu kennen, ist für sie das eine, die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen der LINKEN herzustellen und auf Kreis- und Stadtebene zu verbessern, das andere. „Viele Aufgaben lassen sich gemeinsam besser lösen.“

## 20 Jahre für den Landkreis

1993 wurde der Landkreis Barnim gegründet: Festveranstaltung in Eberswalde am 21. März

Am 21. März zeichnete der Landkreis Barnim anlässlich seines 20-jährigen Bestehens engagierte Bürgerinnen und Bürger für ihre Arbeit für den Landkreis aus. Darunter waren auch die beiden Abgeordneten der LINKEN, Prof. Alfred Schultz und Klaus Springer.

**Prof. Alfred Schultz** ist seit Gründung des Kreistages Barnim im Jahr 1994 ununterbrochen Mitglied des Kreistages Barnim und hat in unterschiedlichen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen einen großen Beitrag für die gedeihliche Entwicklung des Landkreises geleistet. Ob als stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses, Regionalrat oder Vorsitzender des Kreistages Barnim hat er bewiesen, dass über alle Parteigrenzen hinweg eine konstruktiv-kritische Zusammenarbeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Land-

kreises und seiner Kommunen möglich ist. Seine besondere Fähigkeit zur verantwortungsvollen Moderation von Diskussionsprozessen hat wesentlich zu einer erfolgreichen Arbeit des Kreistages Barnim in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode beigetragen.

**Prof. Alfred Schultz kandidiert am 25. Mai im Wahlkreis 2 für den Kreistag Barnim.**

**Klaus Springer** hat seit 1993 mit Leidenschaft und Enga-



**Immer im Gespräch und um Lösungen bemüht: Prof. Alfred Schultz (Mitte) mit Gerd Lutze und Sabine Stüber.** **Foto: bc**

gement für eine aktive Bildungsarbeit im Landkreis Barnim und eine gleichberechtigte Entwicklung aller Schulstandorte gerungen. Mit großer Leidenschaft hat er im Bildungsausschuss zu einer Verbesserung der Kultur- und Bildungsarbeit beigetragen. Auch als Regionalrat hat er sein großes Verantwortungsgefühl für eine ausgeglichene Regionalentwicklung eingebracht. Klaus Springer hat nicht nur als Kreistagsabgeordneter, sondern auch als Stadtverordneter in

**Sabine Stüber kandidiert am 25. Mai im Wahlkreis 1 für den Kreistag Barnim.**

Werneuchen mit Beharrlichkeit und hohem Fachwissen zur Entwicklung des Landkreises und seiner Bürgerinnen und Bürger beigetragen.

# Für DIE LINKE im Europäischen Parlament – der Brandenburger Helmut Scholz

Helmut Scholz, früher Diplomat, überzeugt im Europäischen Parlament durch seine ruhige, ausgleichende Art auch Abgeordnete anderer Fraktionen. Dass der Abgeordnete dennoch ungemütlich werden kann, zeigte er unter anderem immer, wenn es um Kinderarbeit ging. Scholz verhinderte durch seinen Einsatz gemeinsam mit dem Sozialdemokraten George Sabin Cutaş den Abschluss eines neuen Handelsabkommens mit Usbekistan, solange dort Kinder zur Arbeit in der Baumwollerte gezwungen werden. Mit einer anderen Resolution verurteilte das Europäische Parlament die Kinderarbeit in der Kakaoproduktion in Westafrika. Die



EU ist nun verpflichtet, sich dort für die Bekämpfung von Kinderarbeit einzusetzen.

Mit seiner kleinen GUE/NGL-Fraktion, mit 35 von 765 Abgeordneten, muss er oft gegen die existierenden Mehrheiten ankämpfen. Von den 99 deutschen EU-Parlamentariern aller Parteien ist er – so belegt es die Statistik – der Zweitfleißigste, wenn es etwa um bearbeitete Dossiers geht. „Wir haben mit dafür gesorgt, dass in Wirtschafts- und Handelsverträgen mit Entwicklungsländern Menschenrechtsaspekte einbezogen werden. Auch dass die Regulierung der liberalisierten

Finanzmärkte heute in nahezu aller Munde ist, ist nicht zuletzt der GUE/NGL zu verdanken. Für das Konto für jedermann, inzwischen selbst von der EU-Kommission gefordert, machte sich unsere Fraktion seit Jahren stark; und auch daran, dass die Kommissionspläne zu einer ungezügelter Wasserprivatisierung aufgegeben werden mussten, haben wir eine bedeutende Aktie.“ Der 59-Jährige nimmt seine Arbeit ernst. Er pendelt zwischen Brüssel, Straßburg und den von ihm „betreuten“ Bundesländern Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Helmut Scholz versteht sich als Teil eines

Arbeitsprozesses, an dessen Ende für die Bürgerinnen und Bürger greifbare Ergebnisse stehen sollen. Mit dem Hinzukommen neuer EU-Mitglieder wurde die Förderpolitik gerade für strukturschwache Regionen neu organisiert. Brandenburg etwa hatte einen Einbruch seiner Finanzen um circa eine Milliarde Euro zu befürchten. Also suchte Scholz das Gespräch. Über Parteigrenzen hinweg konnte so erreicht werden, dass für die ostdeutschen Bundesländer spezielle Übergangsregelungen den plötzlichen Wegfall der Mittel deutlich abfangen.

## Ernährungssicherheit

Scholz: „Es ist eine Schande, dass im Jahr 2014 noch immer 842 Millionen Menschen auf der Welt Hunger leiden. Schuld trägt daran auch die Spekulation auf Nahrungsmittel. Das Europaparlament könnte das profitable Geschäft der Banken am Hunger gemeinsam mit dem Rat verbieten. Auch aus Geld für die Rüstung könnte die Politik Geld für Landwirtschaft machen. Eine starke LINKE im Europaparlament wird dafür kämpfen.“

## TTIP stoppen

Scholz: „Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) laufen in eine gefährliche Richtung. Setzen sich darin weiter Konzerninteressen durch, sind unsere Landwirtschaft und unsere hohen Verbraucher- und Gesundheitsschutzstandards bedroht. Entscheiden wird über das Ergebnis das Europaparlament. Für ein Nein braucht es eine starke LINKE.“

## In Brandenburg willkommen

Menschen die vor Krieg, Vertreibung und Hunger fliehen, haben ein Recht auf Asyl. Während die EU-Innenminister über Maßnahmen reden, um die Grenzen der EU noch effektiver als bisher abzuschotten, will DIE LINKE legale und sichere Wege für schutzsuchende Menschen. Die „Festung Europa“ ist keine Lösung. Auch in Brandenburg suchen viele Flüchtlinge

Schutz. Wir wollen, dass sie hier willkommen sind.

Es ist unsere Pflicht ein menschenwürdiges Leben für alle zu gewährleisten. Das bedeutet unter anderem, dass die Flüchtlinge nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften weit außerhalb der Städte untergebracht werden, sondern in Wohnungen leben können. Vorurteile müssen abgebaut werden, um die

schutzsuchenden Menschen zu integrieren.

Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat 12,7 Millionen € extra für Kommunen, besseren Wohnraum und mehr Personal zur Verfügung gestellt. Doch immer wieder wollen alte und neue Nazis Ängste schüren, gegen die Menschen, die bei uns Schutz suchen. Wir aber wollen eine neue Will-

kommenskultur in Brandenburg schaffen, ohne Vorurteile und Ängste. Deshalb gibt es seit Ende 2013 in der LINKEN den Arbeitskreis „Willkommenskultur in Brandenburg“ in dem sich Aktive aus Vereinen und Initiativen vernetzen, um für eine bessere Flüchtlingspolitik zu wirken. Aktives Handeln und nicht wegsehen ist und bleibt unser Ziel.

## Steuer auf Finanzprodukte

Über die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer müssen derzeit die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer entscheiden. Für die Einführung dieser Steuer auf alle Finanzprodukte der Banken, Börsen und Versicherungen hat sich als erstes EU-Gremium der Ausschuss der Regionen (AdR) auf Initiative des Brandenburger Europaministers Ralf Christoffers (LINKE) und der Europaabgeordneten Martina Michels (Foto) ausgesprochen. Im AdR sind 344 Gebietskörperschaften aus allen EU-Mitgliedstaaten vertreten, deutsche Vertreter sind die Bundesländer.



„Als Berichterstatter des AdR habe ich mich dafür eingesetzt, dass Einnahmen aus dieser Steuer auch für soziale Aufgaben der EU-Länder

zur Verfügung stehen“, so Christoffers. Es wird mit jährlichen Einnahmen von 54 Milliarden € gerechnet. DIE LINKE setzt sich seit Mitte der 1990-er Jahre für die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer ein. „Unsere politische Position aus dem AdR ist inzwischen bei den Regierungschefs angekommen und mehrheitsfähig geworden“, kommentierte Martina

Michels (LINKE). Und weiter sagte sie: „Die EU hat viele Hoffnungen enttäuscht. Ihre Politik wird fast nur durch Regierungen bestimmt. Dem kann man mit einem starken Europaparlament begegnen. Es braucht eine starke LINKE als verlässliche Anwältin des Bürgerwillens. Wir lehnen die EU-weiten Kürzungsorgien bei Löhnen und Renten ab und wollen verbindliche Mindeststandards. Schon heute wird unser Leben in den Kommunen europäisch bestimmt, ob es um Wasser, Strom oder Verbraucherschutz geht. Auch deshalb wollen wir Europa verändern!“

## Europa in Brandenburg



## Ein schöner Bahnhofsvorplatz in Falkensee

Lange Jahre präsentierte sich das Umfeld des Bahnhofs in Falkensee in einem wenig einladenden Zustand. Unter anderem Dank der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung wurde das Bahnhofsareal zu einem attraktiven Eingang in die Stadt umgestaltet.

## Tanzen im Alten Gymnasium

Wer in Neuruppin Stepptanzen lernen will, geht genauso ins Alte Gymnasium wie diejenigen, die wissen wollen, wie man Trompete spielt. Neuruppin ist eine von 15 Städten, die in der Förderperiode 2007 – 2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Programm „Nachhaltige Stadtentwicklung“ gefördert werden.

## Denkmalgeschützt und multifunktional

Das Friedrich-Wolf-Theater in Eisenhüttenstadt ist das größte Veranstaltungshaus in der Region. Dort finden Veranstaltungen aller Genres statt. Und ganz nebenbei trägt der Umbau des Theaters im Rahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) zur Belebung der Innenstadt bei. Dies wurde u.a. mit EFRE-Mitteln in Höhe von 2,8 Millionen Euro möglich.

## Alle kennen das Bergschlösschen

In Spremberg kommt man am Bergschlösschen nicht vorbei. Erst kürzlich wurden mehr als 687.000 EUR aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereitgestellt, um den Rück- und Neubau von Gebäuden auf dem Gelände des Mehrgenerationen- und Kulturzentrums Bergschlösschen zu unterstützen.



### Bollhagens Töpfe, Tassen und Becher im Museum

Gleich neben dem Ofen- und Keramikmuseum Velten entsteht derzeit das Museum für den künstlerischen Nachlass der Keramikerin Hedwig Bollhagen (1907 – 2001). Die Stadt Velten erhält 835.000 Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung für die Errichtung des Hedwig-Bollhagen-Museums. Der Landkreis Oberhavel stellt weitere 540.000 Euro zur Verfügung.

### Erst Waschhaus, jetzt Kunsthaus

Da wo früher die Wäsche der Kirchenleute gewaschen wurde, können die Bürgerinnen und Bürger Prenzlau und die Gäste der Stadt Kultur und Geschichte der Uckermark erleben. Das ehemalige Waschhaus in Prenzlau wurde vor drei Jahren nach zweijährigem Umbau wieder eröffnet. Die Sanierung des Waschhauses kostete insgesamt rund 1,1 Millionen Euro. Vom Land Brandenburg wurden 825.000 Euro aus EU-Mitteln zur Verfügung gestellt.

### Breitbandausbau

Mit dem Bau des Breitbandnetzes wird seit März in den Planungsregionen Prignitz/Oberhavel, Barnim/Uckermark und Oderland-Spree begonnen, die anderen werden folgen. Dies ist möglich geworden, weil die Europäische Kommission das „Entwicklungskonzept Brandenburg – Glasfaser 2020“ des Brandenburger Wirtschafts- und Europaministeriums Anfang 2013 gebilligt hatte. Die Unterstützung mit europäischen Fördermitteln war notwendig geworden, weil Betreiber bisher Gebiete mit geringer Einwohnerdichte vom schnellen Internet ausgeschlossen hatten.

# Wählen gehen! So wird's gemacht.

Mustervordruck 11a  
Anlage 11a  
zu § 41 Absatz 1 Satz 1 BbgKWahlV

## Stimmzettel

für die Wahl zum Kreistag<sup>1)</sup> am \_\_\_\_\_ im Landkreis \_\_\_\_\_ Wahlkreis: \_\_\_\_\_

**Sie haben 3 Stimmen: x x x**

Sie können alle drei Stimmen **einer einzigen** Bewerberin oder **einem einzigen** Bewerber geben.  
Sie können Ihre drei Stimmen aber auch auf **mehrere** Bewerberinnen und Bewerber **desselben** Wahlvorschlags oder **verschiedener** Wahlvorschläge verteilen.  
**Bitte beachten Sie:**  
Bei der Abgabe von mehr als drei Stimmen sind alle abgegebenen Stimmen ungültig!

1 A-Partei <b>AP</b>	2 Wählergruppe Feuerwehr <b>WGF</b>	3 Listenvereinigung X - C-Partei (CP) - Wähleraktion Torfstedt (WAT) - Wählerinitiative Nuth (WIN) <b>LX</b>	4 B-Partei <b>BP</b>
1. Dr. Zorn, Max Geburtsjahr 1951 Tierarzt Ginsterweg 12 Altmark <span style="float: right;">○○○</span>	1. Lenz, Moritz Geburtsjahr 1981 Elektroinstallateur Kantstraße 8 Torfstedt <span style="float: right;">○○○</span>	1. Kok, Ronald Geburtsjahr 1987 Unternehmer Nuthstraße 14 Nuthstede <span style="float: right;">○○○</span>	1. Stendal, Kathrin Geburtsjahr 1969 Kauffrau Schillerstraße 4 Bärenhausen <span style="float: right;">○○○</span>
2. Reim, Ramona Geburtsjahr 1987 Lehrerin Kleistraße 21 Neumark <span style="float: right;">○○○</span>	2. Dorn, Magnus Geburtsjahr 1959 Landwirt Dorfstraße 17 Kleinstedt <span style="float: right;">○○○</span>	2. Sommer, Raphael Geburtsjahr 1953 Polizeibeamter Lindenstraße 5 Torfstedt <span style="float: right;">○○○</span>	2. Berger, Friedrich Geburtsjahr 1947 Bäckermeister Hauptstraße 55 Karstedt <span style="float: right;">○○○</span>
3. Köster, Karl Geburtsjahr 1948 Schlosser Eichenweg 2 Bärenhausen <span style="float: right;">○○○</span>	3. Mai, Charlotte Geburtsjahr 1963 Chemielaborantin Fontaneweg 9 Altmark <span style="float: right;">○○○</span>	3. Zwerg, Inka Geburtsjahr 1990 Hausfrau Chopinallee 5 Kleinstedt <span style="float: right;">○○○</span>	3. Dr. Gent, Rita Geburtsjahr 1959 Apothekerin Luisenstraße 12 Neustedt <span style="float: right;">○○○</span>
(usw.)	(usw.)	(usw.)	(usw.)

1) Muster gilt für die Wahl des Kreistages.

- ▶ **Erstmalig sind in Brandenburg bei der Wahl der Kommunalvertretungen und ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister alle Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahre stimmberechtigt.**
- ▶ **Sie haben bei der Wahl der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen sowie der Ortsbeiräte jeweils drei Stimmen.**
- ▶ **Gewählt werden können die Bewerberinnen und Bewerber von Parteien, politischen Vereinigungen, Wählergruppen, Listenvereinigungen und auch Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber.**
- ▶ **Die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem Stimmzettel richtet sich nach deren Stimmenanteil bei der vergangenen Kreistagswahl.**
- ▶ **Sie können die drei Stimmen einer Bewerberin bzw. einem Bewerber eines Wahlvorschlagsträgers geben (kumulieren) oder einzeln auf mehrere Bewerberinnen oder Bewerber entweder desselben Wahlvorschlagsträgers oder unterschiedlicher Wahlvorschlagsträger verteilen (panaschieren).**
- ▶ **Sie können auch weniger als drei Stimmen abgeben (eine oder zwei Stimmen). Ihre Wahl ist trotzdem gültig.**
- ▶ **Wenn Sie mehr als drei Stimmen abgeben, ist Ihr Stimmzettel ungültig.**



**Zum ersten Mal mit 16**

## Wähle, wie du leben willst

[www.linksjugend-solid-brandenburg.de](http://www.linksjugend-solid-brandenburg.de)

Unser ganzes Leben steckt täglich voller Entscheidungen darüber, wie wir unser Leben gestalten wollen. Häufig ist es nur eine Frage des Umganges miteinander aber persönliche Entscheidungen, Interessen und Bedürfnisse sind an vielen

Stellen hochpolitisch. Als politischer Jugendverband ist es unser Ziel Jugendlichen eine Plattform zu bieten, in der die eigenen Vorstellungen von einem gerechten Leben für alle entwickelt, diskutiert und für deren Umsetzung gemeinsam gestritten werden kann. Wenn in diesem Mai erstmals alle Jugendlichen Brandenburgs ab 16 Jahren dazu aufgerufen werden zur Wahlurne zu gehen, wollen wir diesen Aufruf erweitern, denn: Du hast an jedem Tag die Möglichkeit selbst zu entscheiden, ob du dich gegen Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen oder aber für deine Interessen und Ideen einsetzt. Nutze sie, egal ob in deiner Schule, deinem Ausbildungsbetrieb, in deinem Kiez oder aber in der Uni! Geh nicht einfach nur wählen, sondern werde aktiv!

## Ihre Spende für DIE LINKE

Sie können DIE LINKE über Ihre Wählerstimme hinaus auch mit einer Spende unterstützen. Medienwahlkämpfe sind teuer. DIE LINKE verzichtet als einzige Partei auf Spenden von Unternehmen und braucht deshalb auch Ihre Unterstützung. Für 20 € können wir 10 Plakate oder 1.000 Wahlzeitungen drucken lassen. Für 80 € können wir 1.000 Faltblätter für unsere Kandidat(inn)en zur Verteilung am Infostand herstellen. Jeder Betrag hilft. Bitte überweisen Sie unter Angabe Ihres Namens und Anschrift auf unser Konto Nr. 1000969068, BLZ 16050000 bzw. IBAN DE43 16050000 1000 9690 68, BIC WELADED1PMB.